

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnementpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 140 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bef. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfach Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3200.

Nr. 264

Mittwoch, den 10. November 1920

11. Jahrgang

Die Schicksalsstunde Danzigs.

Danzigs Unterzeichnung der Konvention.

Gestern nachmittag 6 1/2 Uhr haben die beauftragten Vertreter der Danziger Delegation die zwischen Danzig und Polen abzuschließende Konvention im Uhrensaal in Paris unterzeichnet. Dieser Unterzeichnung dürfte die polnische Unterschrift sicherlich bald folgen.

Mit dem Abschluss der Konvention tritt der am 15. zur Konstituierung kommende Freistaat in eine neue Epoche seines Staatensdaseins. Losgelöst vom Mutterlande, ist Danzig einer selbstständigen Zukunft überantwortet. Es wird aller Geschicklichkeit der zukünftigen verantwortlichen Stellen Danzigs und des starken Glaubens der Bevölkerung an eine lichtere Zukunft des unfreien Freistaates bedürfen, um über die gewiß nicht leichten Beschwernisse der nächsten Zeit hinwegzukommen. Nicht mit Optimismus, sondern nur durch ein starkes Vertrauen, daß Danzig wieder zu seinem Rechte kommen wird, können wir die Wendung der Dinge betrachten. Selbst der Unterzeichnungsakt entbehrt nicht einer gewissen Tragik in der polnisch-ententeistischen Rechnung mit Danzig. Als nämlich zur festgesetzten Zeit um 5 Uhr zur Unterzeichnung geschritten werden sollte, wurde ein Fehler in dem Vertrage bemerkt, so daß eine Seite erst neu gedruckt werden mußte und die Unterzeichnung erst nach anderthalbstündiger Verspätung stattfinden konnte. Bald will es scheinen, als wenn bereits dieser Fehler sinnfällig zum Ausdruck bringen wollte, daß die ganze in Versailles aufgestellte und jetzt in Paris durchgeführte Berechnung der Entente-macht über Danzig ein Fehler war. Korrigierung dieses Fehlers wird allerdings nicht durch die Auswechslung einer Seite eines Vertrages vorgenommen werden, sondern die Weltgeschichte wird auch vor dem Versailler Diktat nicht haltmachen, wie es dieser Tage bereits im hoffnungsvollen Anfang zu erkennen ist.

Mit der Konvention selbst sind die Konstituierungsakte sowie ein Zusatz-Protokoll unterzeichnet. Im übrigen weiß der „D. Z.“-Bericht noch zu melden, daß der Unterzeichnung beigewohnt haben La Roche, der französische Sekretär der Botschafterkonferenz Massigny und der englische Botschaftssekretär Carr, die als Urheber des Vertragsentwurfes der Konferenz wiederholt genannt wurden, sowie der italienische Vertreter Graf Zanussi und der japanische Botschaftssekretär Akiba. Der Vertrag war bereits von den vier Mitgliedern der Botschafterkonferenz, dem Franzosen Jules Cambon, dem Engländer Lord Derby, dem Italiener Graf Bonin-Bonagone und dem Japaner Fürst Ishii, unterzeichnet.

Der Inhalt der unterzeichneten Konvention soll nach Mitteilungen des polnischen Baderewski-Orans „Rzeczpospolita“ vier Verbesserungen im polnischen Sinne gegenüber dem früheren Entwurf aufweisen. Man wird diese Nachrichten kritisch aufnehmen müssen, um so mehr, als diese Zeitung über Verbesserungen zugunsten Danzigs nichts berichtet, obwohl ein dementsprechender Ausgleich nach den Zusagen der Botschafterkonferenz geschaffen sein muß. Die vier mitgeteilten Verbesserungen für Polen erstrecken sich auf Schifffahrt, Zollhoheit, Hafenausfluß und Eisenbahn. Es soll im abgeänderten Vertrag bestimmt sein, daß Polen das Recht zur Errichtung einer polnischen Registrierungsbehörde hat und Danzig den polnischen Behörden Einsicht in die Danziger Schiffsregister zu gewähren hat. Außerdem sollen beide Teile ihr Schifffahrtsgesetz möglichst gleichmäßig ausgestalten. Bei der Zollverwaltung soll Polen zunächst das Recht zur Haltung von polnischen Inspektoren bei der Danziger Zollverwaltung haben. Danzig soll außerdem zur Durchführung der polnischen Zollgesetze verpflichtet sein und außerdem soll auch die polnische Sprache bei den Zollbehörden mit der deutschen Gleichberechtigung haben. Auch die auf Antrag zu erteilende Zahlung der Zölle in polnischer Währung soll im neuen Vertrage festgelegt sein.

Gegen die Beschlüsse des Danziger Ausschusses für den Hafen und die Wasserwege soll beiden Teilen ein Einspruchsrecht eingeräumt sein. Außerdem weiß das polnische Blatt zu melden, daß nach den Abänderungen des Polen nunmehr in der Tat die volle Beherrschung der Danziger Eisenbahn gesichert sei was die Führung, Verwaltung und Ausbeutung derselben anbelange.

Ob es sich bei diesen polnischen Meldungen um Tatsachen handelt oder ob hier mehr die Wünsche und Auslegungskünste Polens mitgesprochen haben, wird man erst nach der Lage des Vertrags der abgeschlossenen Konvention beurteilen können. Erleichterungen scheint der Vertrag gegenüber dem Entwurf nach dieser Beurteilung für uns Danziger jedoch nicht erwarten zu lassen.

Für Danzig bedeutet der gestrige Tag ein dunkles Tor für eine schicksalsschwere Zukunft. Dem augenblicklichen Nachdruck gebeugt, gehen wir ihr entgegen in der Gewiß-

heit, daß den dunklen Tagen einer staatlichen und wirtschaftlichen Fesselung Lage des Lichtes und der Freiheit folgen müssen.

Die Akte über die Konstituierung, die nur von den Vertretern der Danziger Delegation — Sahn und Schümmer — unterzeichnet wurden, enthalten vier Artikel und wird darin bestimmt, daß Danzig vom 15. November 1920 ab als Freie Stadt konstituiert ist.

Im Zusatzprotokoll ist festgelegt, daß Danzig sich in allen Fragen des Artikels 108 des Versailler Vertrages, der den Umfang der finanziellen Lasten betrifft, die Danzig von Deutschland und Preußen zu übernehmen habe, sich unmittelbar an die Botschafterkonferenz zu wenden habe.

Ein Teil der Danziger Delegation, darunter auch Oberbürgermeister Sahn, soll bereits in der letzten Nacht nach Genf zu den Verhandlungen des Völkerbundes über die Danziger Verfassung gereist sein.

Wrangels Rückzugsbericht.

Jassy, 6. Nov. (W. T. B.) Ein zusammenfassender Bericht der Armee Wrangel bejagt: Nachdem die Bolschewisten mit Polen Frieden geschlossen hatten und über ihre Kräfte, die bis jetzt die polnische Front hielten, frei verfügen konnten, stellten sie drei Armeen gegen uns auf. Zu Beginn ihrer Offensive betrug ihre Stärke 100 000 Mann, davon ein Viertel Kavallerie. Die erste rote Armee mit Letzen- und andern Infanterieabteilungen mit mehr als 10 000 Säbeln und 10 000 Gewehren wurde in südöstlicher Richtung gegen Kachesta und etwa 6000 Säbel gegen Salkowe geworfen. Wir konzentrierten die Angriffsgruppen und warfen die rote Kavallerie, welche unsere Front bei Simach durchbrochen hatte, zurück. Die tapferen Truppen des Generals Kutajow vernichteten zwei Regimenter lettischer Divisionen vollständig und erbeuteten 15 Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre. Die Donkosaken nahmen vier Regimenter gefangen und erbeuteten 5 Geschütze, zahlreiche Maschinengewehre und sonstiges Material. Die Kräfte des Feindes waren jedoch größer als unsere, besonders die Kavallerie, die 25 000 Mann zählte. Im Verlaufe schwerer Kämpfe griff der Feind uns von drei Seiten an. Das Oberkommando beschloß, unsere Truppen auf die besetzte Linie Simach-Beretop zurückzuziehen. Diese Linie bietet alle Vorzüge der Verteidigung. Die Schläge, die unsere Armee dem Feinde unaufhörlich verfehlte und durch die ein großer Teil der Bubjenny-Kavallerie vernichtet wurde, ermöglichten unsern Rückzug fast ohne Verluste.

Sebastopol, 7. Nov. (W. T. B.) Wrangel hat die Angriffe der Bolschewisten gegen die Landenge von Tschengar und gegen Beretop, das nicht genommen worden ist, abgeschlagen. Die Bolschewisten haben an der ganzen Front den Angriff mit überlegenen Kräften wieder aufgenommen.

Fortdauer des Berliner Streiks.

Berlin, 9. Nov. (W. T. B.) Die Verhandlungen zwischen der Direktion der Städtischen Elektrizitätswerke und der Streikleitung sowie den Organisationsvertretungen, sind heute abend abgebrochen worden und sollen morgen vormittag um 10 Uhr fortgesetzt werden. Die Lage ist demnach unverändert.

Englands Schutz vor seinen Freunden.

London, 9. Nov. (W. T. B.) In Erwiderung auf eine Anfrage sagte heute im Unterhause Bonar Law, die Frage der Verwendung von giftigen Gasen, U-Booten und Flugzeugen für die Kriegführung sei vom Kabinett erzwungen worden. Die Gefahr sei vorhanden, daß diese Mittel gebraucht werden, und England müsse sich darauf vorbereiten, entsprechend verteidigt zu werden.

Derartige Angriffe könnten doch nur von Entente-Bundesgenossen durchgeführt werden, da die Mittelmächte wehrlos gemacht und eine Kriegführung ihrerseits gar nicht in Frage kommt. Wenn nun England derartige Angriffe befürchtet, so hätte der Völkerbund doch ein dankbares Betätigungsfeld, um diese Kriegführung zu unterbinden. Wegen will England trotz des Völkerbundes wieder zu den alten Mitteln einer Gegenwehr greifen, die doch den Völkern nur neue finanzielle Lasten und Kriegsgefahren bringen.

Irlands Frage im Unterhause.

London, 9. Nov. (W. T. B.) Im Unterhause kam es wieder zu einer erregten Debatte über die Repressalien in Irland. Das Haus erörterte eingehend den Regierungsvorschlag, der den irischen Rat veranlassen soll, einen Entwurf über die Schaffung von zwei Oberhäusern, eines in Nord- und eines in Südirland, auszuarbeiten. Im weiteren Verlaufe der Erörterung über die Home Rule Bill erklärte Carson, er setze in einigen ihrer Bestimmungen die Fesseln für ein vereinigtes Irland. Bonar Law sagte: Wenn die Bill Gesetz würde, so werde seiner Ansicht nach in Irland eine neue Lage geschaffen werden. Asquith nannte einige der Regierungsvorschläge possenhaft. Renald Maclean sagte, die Bill sei tot.

Irische Repressalien in Amerika.

London, 9. Nov. „Star“ vernimmt, daß der Generalsekretär von Irland vom Präsidenten der Vereinigung der irischen Gesellschaften in Amerika eine Mitteilung erhalten hat, nach der für jeden Mann, jede Frau oder jedes Kind, die nach dem 14. November von Polizisten oder englischen Soldaten getötet werden, drei Engländer in Amerika zu büßen haben werden.

Angesichts der immer mehr um sich greifenden gegenseitigen Vernichtung von kostbaren Menschenleben und wertvollen Sachgütern, wird man erwarten können, daß die englische Regierung alles tut, um die irische Frage offener zu lösen. Die Kulturwelt hätte somit ein Recht, im Namen der Menschlichkeit einzugreifen.

London, 9. Nov. (W. T. B.) In Dublin haben Polizisten mit Unterstützung von Panzerautos in der Hauptstraße von Dublin eine Razzia ausgeführt und dabei den Verkehr drei Stunden lang vollständig unterbrochen. In Londonderry kam es gestern abend zu schweren Unruhen. Mehrere Eisenbahnen von lokaler Bedeutung haben in Irland den Verkehr eingestellt. Auch der Verkehr auf den großen Linien wird eine bedeutende Einschränkung erfahren.

Amsterdam, 9. Nov. Nach einer Meldung aus Washington zogen gestern abend 1000 Freunde der irischen Freiheit unter völliger Stillschweigen vor dem Weißen Hause vorbet. Zweck der Kundgebung, die nach Erklärung des Führers wiederholt werden soll, ist, die Anerkennung der Unabhängigkeit Irlands zu fördern.

Der internationale Seemannsstreik.

Genf, 8. Nov. Die von der Konferenz in Genf ernannte, vom internationalen Arbeitsamt errichtete internationale maritime Kommission, die gestern hier zusammentrat, nahm zu den Beschlüssen des Brüsseler Kongresses betreffend die Erklärung eines internationalen Seemannsstreiks Stellung. Der Brüsseler Kongress hatte beschlossen, vorher noch einen Schlichtungsversuch des internationalen Arbeitsamts abzuwarten. Die längeren Verhandlungen dieses Amtes mit der internationalen Shipping Federation haben zu dem Ergebnis geführt, daß diese Federation mit den Vertretern der internationalen Seeleute zu einer Besprechung der Lage zusammenkommen und die Frage der Arbeitszeit an sich regeln wird.

Festsetzung der Viehlieferung.

Berlin, 9. Nov. (W. T. B.) Der Wiedergutmachungsausschuß hat die deutsche Regierung aufgefordert, in einer in Paris am 15. November stattfindenden Sitzung sich darüber zu äußern, in welchem Umfang Deutschland in der Lage ist, den von Frankreich, Belgien, Italien und Serbien mit dem Vertrag von Versailles IV zu Teil VIII festgesetzten Friedensverträgen angemessenen Ansprüchen auf Rindvieh, Pferde und Schafe zu entsprechen. Die deutsche Regierung wird eine Kommission von Sachverständigen zu dieser Sitzung entsenden.

Sachsens Bergarbeiter gegen Uebergriffen.

Leipzig, 9. Nov. Eine geheime Abstimmung unter den Bergarbeitern des Zwickauer Steinoblenzwerks hat dem „Leipziger Tageblatt“ zufolge eine Klage gegen den Verfahren der letzten Stunde ergeben. Auch im Zwickauer Steinoblenzwerk habe sich eine bedeutende Mehrheit für die Ablehnung von Uebergriffen ergeben.

Im Gegensatz dazu leisten bekanntlich die Bergarbeiter des Ruhrbetriebs bereits seit längerer Zeit Uebergriffe und die notwendigen Kompensationen zur Erfüllung des Spargabkommens und zur Aufrechterhaltung der deutschen Industrie aufzubringen. Auch in Obersachsen soll der Abschluß eines Uebergriffs nachkommens zu erwarten sein.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postcheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3200.

Nr. 264

Mittwoch, den 10. November 1920

11. Jahrgang

Die Schicksalsstunde Danzigs.

Danzigs Unterzeichnung der Konvention.

Gestern nachmittag 6 1/2 Uhr haben die beauftragten Vertreter der Danziger Delegation die zwischen Danzig und Polen abzuschließende Konvention im Uhrensaal in Paris unterzeichnet. Dieser Unterzeichnung dürfte die polnische Unterschrift sicherlich bald folgen.

Mit dem Abschluß der Konvention tritt der am 15. zur Konstituierung kommende Freistaat in eine neue Epoche seines Staatendaseins. Losgelöst vom Mutterlande, ist Danzig einer unelbständigen Zukunft überantwortet. Es wird aller Geschicklichkeit der zukünftigen verantwortlichen Stellen Danzigs und des starken Glaubens der Bevölkerung an eine lichtere Zukunft des unfreien Freistaates bedürfen, um über die gewiß nicht leichten Beschwernisse der nächsten Zeit hinwegzukommen. Nicht mit Optimismus, sondern nur durch ein festes Vertrauen, daß Danzig wieder zu seinem Rechte kommen wird, können wir die Wendung der Dinge betrachten. Selbst der Unterzeichnungsakt entbehrt nicht einer gewissen Tragik in der politisch-historischen Rechnung mit Danzig. Als nämlich zur festgesetzten Zeit um 5 Uhr zur Unterzeichnung geschritten werden sollte, wurde ein Fehler in dem Vertrage bemerkt, so daß eine Seite erst neu gedruckt werden mußte und die Unterzeichnung erst nach anderthalbstündiger Verspätung stattfinden konnte. Bald will es scheinen, als wenn bereits dieser Fehler sinnfällig zum Ausdruck bringen wollte, daß die ganze in Versailles aufgestellte und jetzt in Paris durchgeführte Berechnung der Entente-mächte über Danzig ein Fehler war. Korrigierung dieses Fehlers wird allerdings nicht durch die Auswechslung einer Seite eines Vertrages vorgenommen werden, sondern die Weltgeschichte wird auch vor dem Versailler Diktat nicht haltmachen, wie es dieser Tage bereits im hoffnungsreichen Vertrauen zu erkennen ist.

Mit der Konvention selbst sind die Konstituierungsakte sowie ein Zusatzprotokoll unterzeichnet. Im übrigen weiß der „D. Z.“-Bericht noch zu melden, daß der Unterzeichnung beizuwohnen haben La Roche, der französische Sekretär der Völkerbundkonferenz in Massigny und der englische Völkerbundsekretär Carr, die als Urheber des Vertragsentwurfes der Konferenz wiederholt genannt wurden, sowie der italienische Vertreter Graf Zaninelli und der japanische Völkerbundsekretär Mibiga. Der Vertrag war bereits von den vier Mitgliedern der Völkerbundkonferenz, dem Franzosen Jules Cambon, dem Engländer Lord Derby, dem Italiener Graf Bonin-Lanaore und dem Japaner Fürst Ishii, unterzeichnet.

Der Inhalt der unterzeichneten Konvention soll nach Mitteilungen des polnischen Baderewski-Draoms „Nacypostka“ vier Verbesserungen im polnischen Sinne gegenüber dem früheren Entwurf aufweisen. Man wird diese Nachrichten kritisch aufnehmen müssen, um so mehr, als diese Zeitung über Verbesserungen zugunsten Danzigs nichts berichtet, obwohl ein dementsprechender Ausgleich nach den Zulagen der Völkerbundkonferenz geschaffen sein muß. Die vier mitgeteilten Verbesserungen für Polen erstrecken sich auf Schifffahrt, Zollfreiheit, Hafenauslauf und Eisenbahn. Es soll im abgeänderten Vertrag bestimmt sein, daß Polen das Recht zur Errichtung einer polnischen Registrierungsbehörde hat und Danzig den polnischen Behörden Einsicht in die Danziger Schifffahrtsregister zu gewähren hat. Außerdem sollen beide Teile ihr Schifffahrtsrecht möglichst gleichmäßig ausstellen. Bei der Zollverwaltung soll Polen zunächst das Recht zur Haltung von polnischen Inspektoren bei der Danziger Zollverwaltung haben. Danzig soll außerdem zur Durchführung der polnischen Zollgesetze verpflichtet sein und außerdem soll auch die polnische Sprache bei den Zollbehörden mit der deutschen Gleichberechtigung haben. Auch die auf Antrag zu erteilende Zahlung der Zölle in polnischer Währung soll im neuen Vertrage festgelegt sein.

Gegen die Beschlüsse des Danziger Ausschusses für den Hafen und die Wasserwege soll beiden Teilen ein Einspruchsrecht eingeräumt sein. Außerdem weiß das polnische Blatt zu melden, daß nach den Abänderungen den Polen nunmehr „in der Tat die volle Beherrschung der Danziger Eisenbahn gesichert sei“ was die Führung, Verwaltung und Ausbeutung derselben anbelange.

Ob es sich bei diesen polnischen Meldungen um Lausachen handelt oder ob hier mehr die Wünsche und Forderungen Polens mitgesprochen haben, wird man erst nach Berlage des Textes der abgeschlossenen Konvention beurteilen können. Erleichterung scheint der Vertrag gegenüber dem Entwurf nach dieser Beurteilung für uns Danziger jedoch nicht erwarten zu lassen.

Für Danzig bedeutet der gestrige Tag ein dunkles Tor für eine schicksalsschwere Zukunft. Dem augenblicklichen Nachschub gebeugt, gehen wir ihr entgegen in der Gewiß-

heit, daß den dunklen Tagen einer staatlichen und wirtschaftlichen Fesselung Tage des Lichtes und der Freiheit folgen müssen.

Die Akte über die Konstituierung, die nur von den Vertretern der Danziger Delegation — Sahn und Schümmer — unterzeichnet wurden, enthalten vier Artikel und wird darin bestimmt, daß Danzig vom 15. November 1920 ab als Freie Stadt konstituiert ist.

Im Zusatzprotokoll ist festgelegt, daß Danzig sich in allen Fragen des Artikels 108 des Versailler Vertrages, der den Umfang der finanziellen Lasten betrifft, die Danzig von Deutschland und Preußen zu übernehmen habe, sich unmittelbar an die Völkerbundkonferenz zu wenden habe.

Ein Teil der Danziger Delegation, darunter auch Oberbürgermeister Sahn, soll bereits in der letzten Nacht nach Genf zu den Verhandlungen des Völkerbundes über die Danziger Verfassung gereist sein.

Wrangels Rückzugsbericht.

Jassy, 6. Nov. (W. T. B.) Ein zusammenfassender Bericht der Armees Wrangel besagt: Nachdem die Bolschewisten mit Polen Frieden geschlossen hatten und über ihre Kräfte, die bis jetzt die polnische Front hielten, frei verfügen konnten, stellten sie drei Armeen gegen uns auf. Zu Beginn ihrer Offensive betrug ihre Stärke 100 000 Mann, davon ein Viertel Kavallerie. Die erste rote Armee mit Letten und andern Infanterieabteilungen mit mehr als 10 000 Säbeln und 10 000 Gewehren wurde in südöstlicher Richtung gegen Radeska und etwa 6000 Säbel gegen Salkowa geworfen. Wir konzentrierten die Angriffsgruppen und warfen die rote Kavallerie, welche unsere Front bei Simasch durchbrochen hatte, zurück. Die tapferen Truppen des Generals Kutapow vernichteten zwei Regimenter lettischer Divisionen vollständig und erbeuteten 15 Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre. Die Donkosaken nahmen vier Regimenter gefangen und erbeuteten 5 Geschütze, zahlreiche Maschinengewehre und sonstiges Material. Die Kräfte des Feindes waren jedoch größer als unsere, besonders die Kavallerie, die 25 000 Mann zählte. Im Verlaufe schwerer Kämpfe griff der Feind uns von drei Seiten an. Das Oberkommando beschloß, unsere Truppen auf die besetzte Linie Simasch-Peretop zurückzuführen. Diese Linie bietet alle Vorzüge der Verteidigung. Die Schläge, die unsere Armeen dem Feinde unaufhörlich verfehlten und durch die ein großer Teil der Buhjenny-Kavallerie vernichtet wurde, ermöglichten unsern Rückzug fast ohne Verluste.

Sebastopol, 7. Nov. (W. T. B.) Wrangel hat die Angriffe der Bolschewisten gegen die Landenge von Tschengar und gegen Peretop, das nicht genommen worden ist, abgelehnt. Die Bolschewisten haben an der ganzen Front den Angriff mit überlegenen Kräften wieder aufgenommen.

Fortdauer des Berliner Streiks.

Berlin, 9. Nov. (W. T. B.) Die Verhandlungen zwischen der Direktion der Städtischen Elektrizitätswerke und der Streikleitung sowie den Organisationsvertretungen, sind heute abend abgebrochen worden und sollen morgen vormittag um 10 Uhr fortgesetzt werden. Die Lage ist demnach unverändert.

Englands Schutz vor seinen Freunden.

London, 9. Nov. (W. T. B.) In Erwiderung auf eine Anfrage sagte heute im Unterhause Bonar Law, die Frage der Verwendung von giftigen Gasen, U-Booten und Flugzeugen für die Kriegführung sei vom Kabinett erwogen worden. Die Gefahr sei vorhanden, daß andere Nationen diese Mittel gebräuchten, und England müsse sich deshalb darauf vorbereiten, sich entsprechend verteidigen zu können.

Derartige Angriffe könnten doch nur von Entente-Mitgliedern durchgeführt werden, da die Mittelmächte wehrlos gemacht und eine Kriegführung ihrerseits garnicht in Frage kommt. Wenn nun England derartige Angriffe befürchtet, so hätte der Völkerbund doch ein dankbares Betätigungsfeld, um diese Kriegführung zu unterbinden. Weswegen will England trotz des Völkerbundes wieder zu den alten Mitteln einer Gegenwirkung greifen, die doch den Völkern nur neue finanzielle Lasten und Kriegsgefahren bringen.

Irlands Frage im Unterhause.

London, 9. Nov. (W. T. B.) Im Unterhause kam es wieder zu einer erregten Debatte über die Repressalien in Irland. Das Haus erörterte eingehend den Regierungsvorschlag, der den irischen Rat veranlassen soll, einen Entwurf über die Schaffung von zwei Oberhäusern, eines in Nord- und eines in Südirland, auszuarbeiten. Im weiteren Verlaufe der Erörterung über die Homerulebill erklärte Carson, er sehe in einigen ihrer Bestimmungen die Keime für ein vereinigtes Irland. Bonar Law sagte: Wenn die Bill Gesetz würde, so werde seiner Ansicht nach in Irland eine neue Lage geschaffen werden. Asquith nannte einige der Regierungsvorschläge pfefferhaft. Renald Maclean sagte, die Bill sei tot.

Frische Repressalien in Amerika.

London, 9. Nov. „Star“ vernimmt, daß der Generalsekretär von Irland vom Präsidenten der Vereinigung der irischen Gesellschaften in Amerika eine Mitteilung erhalten hat, nach der für jeden Mann, jede Frau oder jedes Kind, die nach dem 14. November von Polizisten oder englischen Soldaten getötet werden, drei Engländer in Amerika zu büßen haben werden.

Angesichts der immer mehr um sich greifenden gegenseitigen Vernichtung von kostbaren Menschenleben und wertvollen Sachgütern, wird man erwarten können, daß die englische Regierung alles tut, um die irische Frage allerhöchstenfalls zu lösen. Die Kulturwelt hätte somit ein Recht, im Namen der Menschlichkeit einzugreifen.

London, 9. Nov. (W. T. B.) In Dublin haben Polizisten mit Unterstützung von Panzerautos in der Hauptstraße von Dublin eine Razzia ausgeführt und dabei den Verkehr drei Stunden lang vollständig unterbunden. In Londonderry kam es gestern abend zu schweren Unruhen. Mehrere Eisenbahnen von lokaler Bedeutung haben in Irland den Verkehr eingestellt. Auch der Verkehr auf den großen Linien wird eine bedeutende Einschränkung erfahren.

Amsterdam, 9. Nov. Nach einer Meldung aus Washington zogen gestern abend 1000 Freunde der irischen Freiheit unter völligem Stillschweigen vor dem Weißen Hause vorbei. Zweck der Kundgebung, die nach Erklärung des Führers wiederholt werden soll, ist, die Anerkennung der Unabhängigkeit Irlands zu fördern.

Der internationale Seemannsstreik.

Genf, 8. Nov. Die von der Konferenz in Genf ernannte, vom internationalen Arbeitsamt ernannte paritätische maritime Kommission, die gestern hier zusammentrat, nahm zu den Beschlüssen des Brüsseler Kongresses betreffend die Erklärung eines internationalen Seemannsstreiks Stellung. Der Brüsseler Kongress hatte beschlossen, vorher noch einen Schlichtungsversuch des internationalen Arbeitsamts abzuwarten. Die längeren Verhandlungen dieses Amtes mit der internationalen Shipping Federation haben zu dem Ergebnis geführt, daß diese Federation mit den Vertretern der internationalen Seemannsleute zu einer Besprechung der Lage zusammenkommen und die Frage der Arbeitszeit an Bord regeln wird.

Festsetzung der Viehablieferung.

Berlin, 9. Nov. (W. T. B.) Der Wiedergutmachungsausschuß hat die deutsche Regierung aufgefordert, in einer in Paris am 15. November stattfindenden Sitzung sich darüber zu äußern, in welchem Umfang Deutschland in der Lage ist, den von Frankreich, Belgien, Italien und Serbien auf Grund von § 2 a des Anhangs IV zu Teil VIII Abschnitt 1 des Friedensvertrages angemeldeten Ansprüchen auf Pferde, Ferkel und Schafe zu entsprechen. Die deutsche Regierung wird eine Kommission von Sachverständigen zu dieser Sitzung entsenden.

Sachsens Bergarbeiter gegen Ueberhöchsten.

Leipzig, 9. Nov. Eine geheime Abstimmung unter den Bergarbeitern des Zwickauer Steinhöhlenreviers hat dem „Leipziger Tageblatt“ zufolge eine 3/4 Mehrheit gegen das Verfahren der achten Stunde ergeben. Auch im Lugau-Deisnitzer Revier habe sich eine bedeutende Mehrheit für die Ablehnung von Ueberhöchsten ergeben.

Im Gegensatz dazu leisten bekanntlich die Bergarbeiter des Ruhrgebiets bereits seit längerer Zeit Ueberhöchsten, um die notwendigen Kohlenmengen zur Erfüllung des Späer Abkommens und zur Aufrechterhaltung der deutschen Industrie aufzubringen. Auch in Oberschlesien soll der Abschluß eines Ueberhöchstenabkommens zu erwarten sein.

